

07.07.2020

Mittel für Universität müssen fließen SPD-Fraktion enttäuscht über Haltung des Finanzministers

Die SPD-Fraktion ist verärgert und bestürzt über die von Finanzminister Hilbers vorgesehene Einsparung bei den Haushaltsmitteln für die Erweiterung der Universitätsmedizin in Oldenburg. Das geplante Lehr- und Forschungsgebäude ist aus Sicht der SPD-Fraktion unverzichtbar.

Die Universität und die Oldenburger Krankenhäuser haben unter den schwierigen Rahmenbedingungen in der Aufbauphase eine hervorragende Arbeit geleistet. Kommunalpolitik und Stadtverwaltung haben mitgeholfen, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, um das erfolgreiche Projekt des grenzübergreifenden Medizinstudienganges in Oldenburg dauerhaft zu etablieren und auch die Studierendenzahl aufzustocken.

Nachdem der als Modelprojekt gestartete Studiengang erfolgreich vom Wissenschaftsrat evaluiert worden ist, müssen nun seitens des Landes die finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Fortbestand und die Erweiterung zu sichern.

„Mit der Verdoppelung der Studienplätze und den knapp 170 Mio. € aus dem Sozialministerium für die Erweiterung des Klinikums waren wir auf einem guten Weg. Die Entscheidung gegen den Neubau ist ein herber Rückschlag.“, so der Fraktionsvorsitzende Ulf Prange.

„Wir haben uns auf die bisherigen Zusagen der Landesregierung bis hin zum Ministerpräsidenten verlassen und deshalb vor Ort alle Vorkehrungen dafür getroffen, dass der Ausbau der Universität zeitnah erfolgen kann. Ich appelliere an die verantwortlichen Minister, sich an ihre Zusagen zu halten und die dringend benötigte Erweiterung mit der gebotenen Ernsthaftigkeit weiter zu unterstützen.“ erklärt der stellv. Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftsförderung der Stadt Oldenburg, Bernhard Ellberg für seine Fraktion.

Der Bedarf an Mediziner*innen in unserer Region ist sehr hoch und gerade durch diesen Studiengang konnten bereits junge Ärzte

für die Region gewonnen werden, fasst Bernhard Ellberg sein Unverständnis über das Handeln der Landesregierung zusammen. Die Entscheidung sei schlichtweg nicht nachvollziehbar.